

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postgebühren. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 15. Oktober 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgepaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 120

### Randbemerkungen zur Lohnbewegung

In einer Reihe von wichtigen Entschleungen hat der Bundesausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vor mehreren Wochen bereits Stellung genommen zur gegenwärtigen Lage der Arbeiterschaft und zu den unabwendbaren Lohnkämpfen. Eine an erster Stelle gefasste Entschleung rief die deutsche Arbeiterschaft auf, sich gegen die drohende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr zu setzen. Die Durchführung der erforderlichen Lohnbewegungen wurde in dem Aufruf als eine Aufgabe der einzelnen Verbände selbst bezeichnet, denen hierbei zur Pflicht gemacht ward, die Solidarität der gesamten Arbeiterschaft hochzuhalten. Der Vorstand der ADGB wurde von seinem Bundesausschuss fernerhin beauftragt, den Verbänden im einzelnen und in ihrer Gesamtheit in der bevorstehenden allgemeinen Lohnbewegung jede mögliche Hilfe zu leisten, und weiter hieß es dann in dem Aufruf: „Die einzelnste Verbindung mit den andern Gewerkschaftsrichtungen sowie mit den Gewerkschaften der Angestellten und Beamten ist aufrechtzuerhalten, um der Bewegung durch eine geschlossene Einheitsfront aller Lohn- und Gehaltsempfänger einen um so größeren Erfolg zu sichern.“

Die Notwendigkeit des Aufrufs unserer obersten Gewerkschaftsinstante soll nicht bestritten werden. Die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Situation im deutschen Wirtschaftsleben erfordern einen solchen Appell an alle Gewerkschaften durchaus. Auch eine geschlossene Einheitsfront aller Lohn- und Gehaltsempfänger ist sicherlich nötig, um größere Erfolge zu erzielen. Was aber angesichts der Lage, in der sich der weitläufigste Teil der Lohn- und Gehaltsempfänger zur Zeit befindet, besonders notwendig ist, das wäre eine gewisse Planmäßigkeit und Einheitslichkeit in den Lohnbewegungen. Das Kampfobjekt müßte für alle Gewerkschaften die Erreichung des Existenzminimums sein, wie es auf Grund der monatlichen Indizes der von der reichsamtlichen Statistik errechnet wird. Am einheitliche Steuerungszugelen zu erreichen, sollte der ADGB seinen ganzen Einfluß aufbringen auf die Öffentlichkeit und die entscheidenden Körperschaften, müßte die gesammelte Kraft der gesamten Gewerkschaftsbewegung eingesetzt werden. Es hilft kein Mundspitzen mehr, es müssen endlich zeitgemäße Lohngrundlagen geschaffen werden. Solange unter den anormalen Wirtschaftsverhältnissen nur einige bevorzugte Arbeiterkategorien ungehindert ihre Lohnbewegungen vorwärts treiben können, wird die Sicherung einer bescheidenen Existenzmöglichkeit für den größten Teil der Arbeiterschaft den einzelnen Gewerkschaften immer mehr erschwert, und die geschlossene Einheitsfront aller Lohn- und Gehaltsempfänger bleibt nur ein schöner Traum. Die wenigsten Arbeiter in Deutschland haben heute Lohnhöhe, die dem amtlich festgestellten Existenzminimum entsprechen. Früher bildeten die deutschen Arbeiter auf die besseren Löhne und Arbeitsverhältnisse des Auslandes. Heute bildet eine Berufsgruppe überlegen oder neidisch auf die andre, je nachdem die eine oder die andre durch mehr äußere Umstände vorangekommen oder zurückgeblieben ist. Von einer wirklichen Solidarität in den Lohnkämpfen der deutschen Arbeiterschaft kann kaum mehr gesprochen werden. Die gegenläufige moralische Unterstützung läßt unter den heutigen Verhältnissen ebenso viel zu wünschen übrig wie die finanzielle. Es ist wirklich hohe Zeit, daß nach der einen oder der andern Richtung vom ADGB, etwas Durchgreifenderes geschieht, sonst ertönen Aufrufe und theoretische Entschleungen nur das Gegenteil des Gewollten.

Wir Buchdrucker gehörten bisher zu den Arbeiterschichten, deren Löhne einen weiten Abstand vom Existenzminimum aufwiesen. Diese Tatsache war in erster Linie auf die Kriegsjahre zurückzuführen, die auf das Buchdruckergewerbe eine besonders ungünstigen Einfluß ausübten. Unverkennbar ist aber in der Nachkriegszeit von unserer Verbandsleitung das Menschenmögliche versucht

worden, den Abstand zwischen dem wirtschaftlichen Soll und Haben der Gehilfenschaft zu verkleinern. Wenn die im Laufe der Jahre erzielten Resultate bei niemandem reifliche Befriedigung auslösten, so ist nichts Begehrlicher als das. Die fortwährend steigende Teuerung der gesamten Lebenshaltung verhindert eben jeden vernünftigen Ausgleich zwischen Löhnen und Preisen. Jede neue Teuerungswelle untergründet immer bedrohlicher die Grundlagen der Haushaltungen unserer Kollegen, und damit schwächen die Lohn- und die Anzulebenheit immer mehr an. Man schimpft auf alles. Am meisten aber über diejenigen, die dazu verurteilt sind, die aufgelisteten Lohnforderungen, die nicht selten den Stempel der Undurchführbarkeit tragen, vor den Unternehmern zu vertreten, die Gehilfenvertreter und die Verbandsinstanzen. In zahlreichen Orten wurde der Gehilfenvertretung bei der Stellungnahme zum Resultat der letzten Einigungsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium das schärfste Mißtrauen ausgedrückt. Bezeichnenderweise war das zum Teil in der Provinz der Fall, weil seltener in den Großstädten, die doch verhältnismäßig auch nicht besser abschneiden. Hier wurden im Gegenteil die bei den Verhandlungen zu überwindenden Schwierigkeiten weit verständnisvoller gewürdigt, und außerdem wurde zugegeben, daß es ein Lobding wäre, von unsern Vertretern zu erwarten, daß sie insstande seien, alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Diese Unterschiedlichkeit in der Beurteilung des Wirkens der Gehilfenvertretung hängt mit der leider nicht überall vorhandenen Erkenntnis zusammen, daß im Machtbereich der einzelnen Gewerkschaft, veranlaßt durch die privateigentliche, chaotische Wirtschaftform, bestimmte Schranken bestehen, die unübersteigbar sind, auch durch die Anwendung des letzten Mittels, des Streiks, nicht. Es fehlte bei den Stellungnahmen auch an solchen Stimmen nicht, die lediglich deshalb zur Ultima ratio greifen wollten, weil die vorher aufgestellten Forderungen nur zum Teil erfüllt worden seien. Als ob schon einmal durch einen Streik reiflos das erreicht worden wäre, was ursprünglich gefordert wurde! In verschiedenen Orten, wo man in den Gewerkschaften lediglich Lohnhöhenautomaten erblickt, wo man den Verbandsbeitrag aus Mark und Pfennig als Lohnhöhen zurückhalten wünscht, steigerte sich der an den Tag gelegte Mißmut über das diesmalige Erreichte oder, richtiger gesagt, Nichterreichte sogar bis zur regelrechten Organisationsverdrossenheit. Das ist sicher das traurigste Kapitel aus der jüngsten Lohnbewegung. Merkwürdige Beweise dafür liegen uns vor. Solchen Außenstehern kann nicht nachdrücklich genug gesagt werden, daß die Gewerkschaften nicht allein Kampfsvereinigungen für eine bessere Entlohnung sind, sondern daß sie als die eigentlichen Träger und das vorwärtstreibende Element der sozialen Revolution den Endkampf zu führen haben werden um die Eroberung und Umgestaltung der wirtschaftlichen Einrichtungen der Menschheit. Auf das hohe Ziel der Befestigung der privatkapitalistischen Wirtschaft und ihre Ersetzung durch die Allgemeinwirtschaft, unter Mitwirkung der Arbeiter im Produktionsprozeß, haben wir für die Zukunft unsere gewerkschaftliche Einheitsfront einzustellen. Damit stehen die Gewerkschaften einer gegen früher vollständig veränderten, neuen Situation gegenüber. An die Stelle scharfen Redens über unzureichende Lohnhöhen müßte schärferes Nachdenken treten darüber, wie der Kampf um den Güterplatz erfolgversprechender zu verwirklichen ist, welche Taktik und welche Organisationsform dafür die besten Ausrichtungen bieten.

Wiederholt war bei der Stellungnahme zur jüngsten Lohnbewegung in unserm Gewerbe zu beobachten, daß in den Versammlungen die Errichtung des Industrieverbandes gefordert wurde, weil man unzufrieden ist mit dem zu langamen Vortritt unserer Berufsorganisation auf dem Lohngebiete. Nicht wenige Befürworter des Industrieverbandes glauben daran, daß durch eine solche Organisationsform die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter des graphischen Gewerbes gegenüber dem Unternehmerum weit ausrichtbarer als bisher vertreten

werden könnten. Während früher viele Arbeiter alles Geld nur von der politischen Bewegung hofften, erwartet man heute alles von der Gewerkschaftsbewegung, insbesondere von dem Industrieverband. Es dürfte deshalb angebracht sein, fröhlicheren Hoffnungen entgegenzutreten, soweit sie sich auf das Lohngebiet erstrecken.

Wir sind, offen gestanden, der Überzeugung, daß der Umbau der Berufs- zur Industrieorganisation sich als eine entwicklungsgeheißige Notwendigkeit erweisen wird, um die den Gewerkschaften gestellten großen wirtschaftlichen Probleme lösen zu können. Aber alles braucht seine Zeit. Die Entwicklung läßt sich nicht mit Gewalt vorwärts drängen. Die graphischen Arbeiterverbände müssen sich erst selbst mehr durchsetzen und ihre Arbeitsverhältnisse auf einen Stand bringen, der ein engeres Zusammengehen ermöglicht. Aus dem Hinwels auf diese Tatsachen braucht niemand zu schließen, daß unser auf die Umgestaltung der jetzigen Wirtschaftsordnung gerichteter Wille weniger stark, unsere Einsicht in ihre Notwendigkeit geringer wäre als bei jenen, die lieber heute als morgen vom sozialistischen Staate Besitz ergreifen möchten. Es ist lediglich gewerkschaftliches Verantwortungsgefühl, das uns zwingt, etwas Wasser in den Wein derer zu gießen, die da meinen, daß eine sofortige organisatorische Verschmelzung der vier graphischen Berufsverbände feste Garantien bietet für die Führung eines erfolgreicherer Lohnkampfes. Eher wird wohl das Gegenteil eintreten. Einen gewissen Vorgehensmaßstab dafür bieten mehrere uns bekanntgewordene Fälle aus graphischen Großbetrieben, wo ungelerns Arbeiter, deren Vertreter im Betriebsrat die gelernten Arbeiter ziffernmäßig bedeutend überwiegen, den besonderen Lohnansprüchen der letzteren den stärksten Widerstand bereiten, weil ihnen der Einheitslohn für Gelehrte und Ungelernte als höchstes Ideal gilt. Das Falllassen der Altersunterschiede oder der Begriffe ledig oder verheiratet könnte man noch verfechten, wenn aber gefordert wird, daß ungelerns Arbeiter, an deren Arbeitsleistung sich nicht entfernt so viel Verantwortung knüpft als an diejenige des gelernten Arbeiters, der eine vierjährige Lehrzeit und langjährige Gehilfenzeit hinter sich hat, genau denselben Lohn erhalten, so ist das ein nicht zu rechtfertigendes Verlangen. Auch in einem Industrieverbande wird es so sein, daß die ziffernmäßig stärkste oder die wirtschaftlich bedeutendste Gruppe der Gesamtbewegung ihren Stempel aufträgt.

Von jeher sind die Formen und Methoden der Unternehmerverbände maßgebend gewesen für die Organisationsform und den Abwehrkampf der Arbeiter. Seit der Revolution versuchen indes gewerkschaftliche Schattentänze der Arbeiterschaft einzureden, die organisatorische Konzentration und Zentralisation sei ihr Unglück. Am von der eingebildeten „Zungenwirtschaft“ befreit zu werden, wird den Arbeitern zugemutet, die organisatorische Entwicklung um Jahrzehnte zurückzuschrauben. Unter hochtrabenden Bezeichnungen wird irgendein politisch-gewerkschaftlicher Milchmaisch eingerieht, und bei der leider noch zu großen Masse der Arbeitslosen fehlt es nicht an solchen, die für Betriebsorganisationen, Arbeiterunionsen und ähnliche gewerkschaftliche Zerpfickerungsgebilde schwärmen. Auf diese Art wurde auch die an sich gesunde Grundidee des Industrieverbandes — die gelernten und ungelernen Arbeiter jeder einzelnen Industriebranche zu höheren Zwecken gewerkschaftlich zusammenzufassen — agitatorisch förmlich zu Tode geritten. Es wurde so viel über den Industrieverband auf der Grundlage des Nationalismus geschwafelt, daß heute die wenigsten Befürworter wissen, was sie wollen. Trotzdem wollen sie es aber ganz bestimmt.

Darauf ist es auch zurückzuführen, wenn viele unserer Kollegen meinen, daß sich durch eine veränderte Organisationsform die materiellen Verhältnisse der Arbeiter ausrichtbarer gestalten. Wenn dieses wirklich der Fall wäre, dann müßten die schon bestehenden großen Industrieverbände, z. B. der über eine Million Mitglieder zählende Metallarbeiterverband, Lohnsteigerungen aufzuweisen haben, die die von Berufsverbänden durchgeführten bei weitem überflügeln. Trotz der ungeheuren Kriegsgewinne, die gerade in der Metallindustrie während der ganzen Kriegs-

dauer erzielt worden sind, wo viele andre Gewerbe nachzulegen, überlegen die Löhne der Metallarbeiter im allgemeinen diejenigen der übrigen Arbeiterschaft nicht. Erst in den letzten Tagen kamen uns die Resultate der neuen Tarifabschlüsse für die Werkarbeiterchaft zu Gesicht, über deren Ausmaß wir hier lieber schweigen wollen, zumal die Hamburger Werkarbeiter das Ergebnis mit 4552 gegen 4432 Stimmen annahm. Vor einer Ueberschätzung der äußeren Organisationsform sollte man sich in Arbeiterkreisen hüten, es kommt wohl mehr auf den Geist an, der in einer Gewerkschaft vorherrschend ist. Unter der präkapitalistischen Wirtschaftsordnung vermag auch ein Industrieverband auf dem Lohngebiete nicht mehr auszurichten als die leichere bewegliche Berufsverbände. Aber selbst zugegeben, der Industrieverband wäre wirklich der Zauber Schlüssel, um schneller zu besseren Lohnverhältnissen zu gelangen, würde die stärkere Position der Arbeiter im Wirtschaftskampf nicht weitgemacht werden können durch den Zusammenschluß der Unternehmer auf gleicher Grundlage? Für den Kleinkrieg zwischen Kapital und Arbeit werden sich die Berufsverbände noch auf lange Zeit hinaus als unentbehrlich erweisen. Das Ziel des Industrieverbandes weist, wie schon vorher gesagt, in die Zukunft; es besteht in der Befähigung des heutigen Systems der Lohnarbeit und der präkapitalistischen Wirtschaft. Wir werden von selbst in die neue Organisationsform hineinwachsen, um zu einer vernünftigeren Wirtschaftsordnung zu gelangen. Voraussetzung dafür ist allerdings eine viel intensivere Durchbildung der Arbeiter in wirtschaftstheoretischer Beziehung, als sie bisher von den Gewerkschaften geleistet werden konnte, eine Erziehung zu wirtschaftlichem Denken. Vorläufig bleibt eine strenge Kartellierung der vier graphischen Verbände das Gegebene, wie wir sie im Graphischen Bunde bestanden. Dieser ist in Wahrheit das Produkt der in langer und schwieriger Gewerkschaftsarbeit vorbereiteten Zusammenschlußbestrebungen in der graphischen Industrie. Es wird die dringende Aufgabe der angeschlossenen Verbände bleiben, dem Graphischen Bund zum Instrument einer ziel- und willensklaren Massenbewegung werden zu lassen, damit sich auf beruflichem und gewerblichem Gebiete für alle Berufsgruppen bessere Aussichten eröffnen.

Im Anschluß an die Stellungnahme zu dem Resultat der Einigungsverhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium haben sich zahlreiche Ortsvereine auch mit dem Verbandsvorstand ausgeprochen und eindringlich begründeten Beitragserhöhung begehrt. Daß eine solche notwendig ist, wird allen Kollegen ohne weiteres einleuchten, die ihre Zeit verlieren haben und sich die zukünftigen Ausgaben der Gewerkschaften vor Augen führen. Die Geldbewertung zwingt eben auch unsern Verband zur Erhöhung seiner Einnahmen, um damit wenigstens teilweise die eingetretene Entwertung auszugleichen. Opferden die Mitglieder früher über die Hälfte eines Tagesverdienstes ihrer Organisation, so erfordert der heutige Beitrag nicht einmal zwei Stundenlöhne. Wohl zwingt die Not jeden einzelnen, mit seinen Ausgaben weise hauszuhalten, aber unbedingte Lebensnotwendigkeiten erblicken trotzdem Befriedigung. Und der Verbandsbeitrag ist nun einmal für jeden denkenden Arbeiter eine Lebensnotwendigkeit. Wir vermögen dazu nicht jene zu rechnen, die jede Beitragsmark mit Zinsszins zurückhalten möchten in Form von Unterküßungen oder Lohnerhöhungen, sondern nur solche Kollegen, die das eigene Schicksal aufstellen bereit sind hinter die Interessen der Gesamtheit ihrer Berufsangehörigen. Das ist der feste Sinn gewerkschaftlicher Solidarität, wie sie bei den Buchdruckern früher stets vorbildlich gepflegt wurde und wie sie auch der jüngeren Generation, die davon wenig oder gar nichts weiß, nahegelegt werden muß. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir noch weit entferntem Ziele entgegengehen, Seiten erbitterter Kampfbereitschaft, die uns das auf dem Verhandlungswege letztmalig Erreichte erst dann richtig schätzen lassen werden, wenn wir der schwierigsten Situation nicht abgekämpft gegenüberstehen!

## Weitere Stellungnahmen zum neuen Lohnabkommen

Eine Versammlung des Bezirks Florshelm nahm das neue Lohnabkommen an in der Erwartung, daß Verbandsvorstand und Gehilfenvertreter die notwendigen Schritte einleiten, um die Vorfälle der Gehilfenchaft zu beseitigen. — Der Ortsverein Samn (Weist.) lehnte das Berliner Abkommen ab und verlangt sofort neue Verhandlungen. Was dahin sind Vereinbarungen zu treffen, daß die für November bewilligten 25 Mk. sofort zur Auszahlung gelangen. Außerdem wurde die Stellungnahme der Kreisläden und Organisationsvertreter verurteilt und den Verantwortlichen das schärfste Mißtrauen ausgesprochen. Eine Bezirksversammlung in Königsberg i. Pr. erklärte sich nach scharfer Kritik des unzulässigen Verhaltens der Prinzipalität mit dem erstellten Resultat einverstanden. Die Gehilfenvertreter wurden jedoch aufgefordert, bei den nächsten Lohnverhandlungen das herauszuholen, was zum Leben notwendig ist; besonders die Provinzkollegen erwarteten mehr Berücksichtigung. — In Pirchheim (N.L.) wurde das Abkommen als ungenügend einstimmig abgelehnt, und Gehilfenvertretern und Verbandsvorstand ein Miß-

trauensvotum ausgestellt. — Vom Ortsverein Bernau wurde das Verhandlungsergebnis als nicht befriedigend betrachtet und abgelehnt. Es wurde ein baldiger Wiederzusammentritt des Tarifausschusses verlangt, um zu besseren Lohnbedingungen zu kommen. — Die Gehilfenchaft Ellrits stellte fest, daß die Gehilfenvertretung ihre Pflicht nach bester Möglichkeit erfüllt, wofür ihr Dank gebührt. Wenn sich die Tarif Gehilfenchaft mit dem, leider nicht zufriedenstellenden Ergebnisse trotzdem abfindet, so deshalb, weil sie in Anbetracht der schwierigen Lage ein Sondervergehen mit zweifelhaftem Ausgang für nicht richtig hält und sich für den noch kommenden Kampf ihre volle Kraft erhalten will. — Die Mittelgedäch Wären nahm Kenntnis von dem Resultat der Einigungsverhandlungen und der Kreisamtsung und bezeichnete die vereinbarten Lohnveränderungen als nicht ausreichend, um der Not der Gehilfenchaft zu steuern. Insbesondere sei die späte Wirksamkeit der vollen Erhöhung befallt zu bedauern. Wenn trotzdem den Abmachungen zugestimmt wurde, so in der Erwartung, daß der Verbandsvorstand sofort neue Verhandlungen anbahnt, um Beschlässe herbeizuführen, wie sie die Kreisversammlung in Dortmund am 11. September ausgestellt hat. — Der Ortsverein Kann. Minden stimmte dem Lohnabkommen unter Protest zu und erwartet baldigste Einstellung neuer Verhandlungen. — In Werdau in Sachsen nahm eine fast vollständige Besuche Versammlung mit Entrüstung Kenntnis von dem traurigen Resultat der Einigungsverhandlungen, das einer Urabstimmung hätte unterbreitet werden müssen. Sie sprach den Gehilfenvertretern ihr größtes Mißtrauen aus und verlangte vom Verbandsvorstand sofortige Einstellung neuer Verhandlungen. Zum mindesten müsse an der von der Ortsvorsteherkonferenz des Gauen Erzgebirge-Bozland ausgesetzten Forderung festgehalten werden. — Diesen bezweifelnde das Erreichte als unzulänglich, stellte sich aber auf den tariflichen Boden und verlangt Klärung des Abkommens am 1. Dezember. Außer sich die Teuerung weiterhin in der sprunghaften Aufwärtsbewegung der Preise, so ist schon vor dem angegebenen Termin die Einberufung des Tarifausschusses zu beantragen. — Eine Versammlung des Bezirks Regensburg stimmte dem neuen Lohnabkommen trotz seiner völlig unzureichenden Höhe zu in der festen Erwartung, daß Organisationsleitung und Gehilfenvertreter sofort neue Verhandlungen anzubahnen versuchen, um wenigstens die Auszahlung der erhöhten Zulage von 25 Mk. schon ab 15. Oktober statt 15. November durchzuführen. — In einer Bezirksversammlung in Radeberg wurde an dem neuen Lohnabkommen zum Teil scharfe Kritik geübt. Das Resultat wurde als ungenügend angesehen und gefordert, daß auf Grund der sorgfältig steigenden Lebenshaltungskosten sofort neue zentrale Lohnverhandlungen aufgenommen werden, damit die Spannung zwischen Großstadt und Provinz verringert wird. Das Lohnabkommen dürfte in Zukunft nur auf die Dauer von höchstens zwei Monaten abgeschlossen werden. — Eine von 247 Kollegen besuchte Bezirksversammlung in Münstler nahm einstimmig eine Resolution an, in der die neuen Lohnsätze als äußerst ungenügend bezeichnet werden, zudem auch das Kreisamt Zuschläge für den ganzen Kreis abgelehnt hat. Die Münstlerische Gehilfenchaft kann es nicht verstehen, daß ihre Prinzipale die ordnungsgemäß durch das Kreisamt beschlossene geringe Sonderzulage für Münstler unter Vorbehalt zur Auszahlung bringen, obwohl vorwiegend nur tarifliche Minimalhöhe gezahlt werden und die vor dem Kriege gezahlten Löhne über Tarif auch nicht annähernd der Zeit entsprechend erhöht sind. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, sofort Verhandlungen einzuleiten, um für die Gehilfenchaft erträgliche Verhältnisse zu erwirken. — Regent erarbeitete das neue Lohnabkommen als nicht den Teuerungsverhältnissen entsprechend und verurteilte aufs schärfste, daß auch jetzt wieder die Zustände in zwei Raten zur Auszahlung gelangen. Trotzdem wurde dem Abkommen zugestimmt in der Erwartung, daß bald beantragt wird, die zweite Rate aber auszugeben. — Der Ortsverein Schmalkalden i. Th. lebte in stark beschwerter Veranlassung das neue Lohnabkommen ab, da durch die rapide Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände die minimale Zulage schon längst überholt ist. Verlangt wurde, daß die zweite Rate schon jetzt zur Auszahlung gelangt. Die Gehilfenvertreter wurden beauftragt, noch im Laufe des Oktober neue Tarifabschlußverhandlungen einzuleiten. — In Königshütte (O.Schl.) wurden die neuen allgemeinen Lohnsätze als zu niedrig angesehen. Es wird erwartet, daß baldmöglichst durch neue Verhandlungen ein gerechter Ausgleich geschaffen wird, ebe die Gehilfenchaft zur Selbsthilfe, zum letzten Mittel, greift. — Der Ortsverein Rothenburg o. T. vermochte in dem neuen Lohnabkommen durchaus nicht einen den derzeitigen Teuerungsverhältnissen angepaßten Ausgleich zu erblicken, erkannte aber das ehrliche und energische Eintreten der Gehilfenvertreter für die diesmaligen Forderungen der Gehilfenchaft an und erklärte sich mit den Abmachungen einverstanden. — Der Bezirk Neumünster verwarf das letzte Lohnabkommen und forderte, daß umgehend neue Verhandlungen eingeleitet werden, die mindestens die Auszahlung der Novemberrate rückwirkend vom 1. Oktober ab bringen. — Olgau war mit dem neuen Lohnabkommen in Anbetracht der rapid steigenden Preise für den Lebensunterhalt nicht voll und ganz einverstanden. Vom Verbandsvorstande werden bald weitere Schritte zur Aufbesserung der Lage der Gehilfenchaft erwartet. — Der Ortsverein Arnstadt (Thür.) lehnte das Einigungsabkommen als gänzlich ungenügend ab. Von der Verbandsleitung wird erwartet, daß sie, dem einmütigen Willen der Kollegenschaft Rechnung tragend, baldigst neue Verhandlungen einleitet, um der bitteren Notlage zu steuern. — In Sorau wurde die Mühe und Arbeit der Gehilfenvertreter gewürdigt, das Abkommen

selbst aber abgelehnt. Vom Verbandsvorstande wird erwartet, daß er sofort weitere Schritte unternimmt, um den Forderungen der Gehilfenchaft Rechnung zu fragen.

## □ □ □ Korrespondenzen □ □ □

München. Am 7. Oktober beschäftigte sich eine außerordentliche Versammlung des Ortsvereins mit der Beitragserhebung. In kasistentlicher Sitzung wurde vom Kassierer die Erhöhung des Beitragstrags bemängelt, da dadurch dem Ortsvereine die Verwaltungsgelder verloren gingen. (7 Reb.) Die Befolgung an der Diskussion war sehr lebhaft. Teils opponierten die Kollegen nach Berechnungen in sehr sachlicher Weise gegen eine Erhöhung, teils machte man sich auch sehr ausfällig Luft. Die Kollegen können wohl eine Söderstellung der zu unterscheidenden Verleihen, doch weisen sie die Begründung des Verbandsvorstandes als nicht genügend zurück. Einige Kollegen trafen für die Beitragserhöhung ein und waren der Ansicht, daß die Begründung wohl begründet genug sein würde. Es wurde dann gegen zwei Stimmen beschlossen, den erhöhten Beitrag vorläufig nicht zu zahlen (Eine derartige gewerkschaftliche Selbstverständlichkeit ist am allermeisten von einer Mitgliedschaft zu verstehen, die vom Verbandsvorstande kategorisch verlange, daß ab 1. Oktober zentral der Streik zu erklären sei. Reb.)

Sarburg. Nachdem die im Prinzipale gestellte Forderung auf Erhöhung der im Tarifabschlusse vereinbarten Lohnsätze um 40 Mk. am letzten Sonntagabend von allen Druckereien, mit Ausnahme des „Volksblattes“, abgelehnt worden war, hat der durch Urabstimmung mit großer Mehrheit beschlossene Streik am Montag, 10. Oktober, eingelegt. Es erscheint nur das „Volksblatt“.

Leipzig. (Schriftschneider.) In der Versammlung am 22. September begrüßte der Vorsitzende zunächst einige neu eingetretene Mitglieder. Nach Erledigung verschiedener geschäftlicher Angelegenheiten gab Kollege Heile einen Bericht über die Frankfurter Sonderverhandlungen. In kurzen, sachlichen Ausführungen zeigte der Referent die wichtigsten Positionen auf und hob hervor, welche Schwierigkeiten zu beheben waren, um einen Reichsakkord für für Maschinenarbeiten zustande zu bringen. Die Versammlung erklärte sich mit den getroffenen Abmachungen einverstanden. Anschließend berichtete dann Kollege Heile über eine mit den Frankfurter Kollegen abgehaltene Mitgliederversammlung, die, obwohl sich die Debatte in sehr scharfen Bahnen bewegte, für die Beteiligten und besonders für die zukünftige Tätigkeit der Vereinigungen von Vorteil sein dürfte. Einen besonderen Hinweis verdient die gezeigte Solidarität unfer Kollegen für die hier am Orte streikenden Graveure der gemischten Branche.

Limbach i. S. Die heilige Mitgliedschaft erhob in ihrer Versammlung am 1. Oktober gegen die Erhöhung des Verbandsbeitrags um 2 Mk., die angesichts des unzulänglichen Resultates der Berliner Verhandlungen geradezu wie ein Hohn wirken muß, ganz entschiedenen Protest. Sie verlangt, durch Urabstimmung von ihrem Rechte Gebrauch machen zu können und verwirft die von seiten des Verbandsvorstandes geübte Taktik der Bergewaltung.

Münster i. W. Am Sonntag, 15. Oktober, feiert der Ortsverein Münster sein 56. Stiftungsfest in Verbindung mit der Ehrung der Kollegen Georg Mener, Ferdinand Zeiniger, S. Koch, Heinrich Bedmann, August Röhr, Paul Wirth und Max Schleiter aus Anlaß ihrer 25jährigen Verbandsmitgliedschaft.

Dobran i. Sa. Am 30. September fand eine Versammlung unfer Ortsvereins statt, zu der Gausvorsteher Freitag (Dresden) erschienen war. Der Versammlung lag die zum zweitenmal erfolgte Klärung des Betriebsobmanns zugrunde. Die näheren Vorgänge zu berichten, wird an dieser Stelle als überflüssig erachtet. Als Hauptgrund war vorberichtig, daß ein Vorgesetzter der Seherabteilung nach Meinung des Prinzipals die Interessen seiner Mitarbeiter nicht zu vertreten, sondern nur seinen Wünschen und Forderungen nachzukommen habe. Die sozialen Gefühle des Abteilungsleiters fanden dies aber mit dem Betriebsrätegesetz nicht vereinbar, was schließlich auch in einem früheren Entschiede des Schlichtungsausschusses zulage traf. „Doch mit des Beschickes Mädchen ist kein ewiger Bund zu schließen!“ Dem Prinzipal blieb der in sozialen Fragen aufgeklärte Mitarbeiter immer ein Dorn im Auge, und er brachte es fertig, ihn nach 27jähriger Gehilfenständigkeit am 1. Oktober plötzlich auf die Straße zu werfen. Alle dafür angegebenen Gründe konnte der Betriebsrat nicht als maßgebend anerkennen. Obwohl auch der Gausvorstand schon von früher her in dieser Angelegenheit unterrichtet und bei der Sitzung des Schlichtungsausschusses als Vertreter des Beklagten zugegen gewesen war und diesem dort seine Rechte zu wahrn suchte, sühnte sich der Ortsverein veranlaßt, unsern Gauvertreter von dieser Angelegenheit zu unterrichten, der noch am späten Nachmittag des 27. September erschien, um den Kollegen mit Rat und Tat beistehen zu stehen. Daß auch hierbei scharfe Worte gebraucht und dabei besonders die Mißstände im betreffenden Betriebe unter die Lupe genommen wurden, soll nur kurz erwähnt sein. Das eine steht fest, sollten für diesen Betrieb die Verordnungen der Organisationsleitung und der maßgebenden Behörden nicht anerkannt werden, so müssen wohl oder übel weitere Schritte unternommen werden. Auf jeden Fall war man sich einig, daß der Entlassung des Betriebsobmanns scharf entgegenzutreten werden muß, und daß diese gleichwürdig ist. Damit habe sich diese Angelegenheit vorerst erledigt, und Gausvorsteher Freitag gab noch einen mit schlichtem

Interesse aufgenommenen Bericht über die Tarifaushebungs-Verhandlungen. Beifällig wurden seine Ausführungen aufgenommen, und man erklärte sich mit dem Beschlusse der Dresdner Kollegenschaft einverstanden.

Offenbach a. M. (Bezirksversammlung am 1. Oktober.) Unter „Geschäftlichem“ teilte Kollege Pilschner mit, daß ein großer Teil der Fragebogen, Belegbriefe betreffend, noch ausstehe. Es wurde um schnellste Abfertigung ersucht. Aufgenommen wurde ein Kollege. Über den Antrag eines Kollegen zwecks Nichtabgabe der beschlossenen beiden Ertragsbeiträge in Höhe von 5 Mk. entspann sich eine längere heftige Debatte für und gegen. Hieraus erliefte Kollege Pilschner Bericht über die Tarifaushebung, woran sich eine längere und scharfe Aussprache knüpfte. Verlangt wurde von der ziemlich gut besuchten Versammlung, daß der Zusammentritt des Tarifaushebes noch vor dem 30. November d. J. zu erfolgen habe, denn mit dem jetzigen Lohne könnte man auch nicht einigermassen sein Leben fristen. Anschließend erliefte Kollege Pilschner Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz in Frankfurt a. M. Wegen die Erhöhung des Verbandsbeitrags wurde scharf Stellung genommen. Es wären darüber doch vor allen Dingen auch die Mitglieder zu befragen.

Pirmasens. In einer sehr stark besuchten Versammlung am 4. Oktober wurde zur Erhöhung des Verbandsbeitrags Stellung genommen. Nach lebensschafflicher Debatte kam der Antrag der Kollegen in nachstehender Resolution, die einstimmig angenommen wurde, zum Ausdruck. „Die heutige außerordentliche Versammlung des Ortsvereins Pirmasens ist entrüstet über die so plötzlich zur Einführung gelangende Erhöhung des Ertragsbeitrags. Sie verurteilt auf das entschiedenste diesen diktatorischen Beschluß des Verbandsvorstandes und ist der Ansicht, daß vor Inkrafttreten solch einschneidenden Beschlusses die Gesamtkollegenschaft gehört werden soll.“

Mözen (Sann.). Am 8. Oktober hielt der hiesige Ortsverein seine vollständig besuchte Monatsversammlung ab. Hauptgegenstand der Verhandlung bildete der Punkt „Tarifliches“. In der sehr lebhaften Aussprache erklärten sich alle Redner entschieden gegen die letzten Tarifabmachungen. Diese brachten uns nicht das geringste dessen, was wir nach Recht und Billigkeit erwartet hatten. Vor allem wurde der große Lohnunterschied von 110 Mk. zwischen Berlin und den Druckstädten ohne Lokalausgleich verurteilt. Bei jeder Tarifverhandlung zeige sich, daß die Provinz gegenüber der Großstadt an die Wand gedrückt wird; wenn es aber heißt, den Verbandsbeitrag zu erhöhen, dann darf die Provinz das gleiche zahlen wie die großen Druckstädte. Warum tritt hier keine Stellung ein? Man sollte sich das Verfahren der holländischen Kollegen zum Beispiel nehmen, indem ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag gerechnet wird. Um übrigen: Wer erhält die vielen Arbeitslosen in der Großstadt? Doch nur die Provinzkollegen, die zum größten Teil in festen Arbeitsverhältnissen stehen. Es schadet nichts, wenn dies zum Nachdenken einmal vorgebracht wird. (Aber eine

Aberhebung bleibt es trotzdem! Weis man denn nicht, daß beinahe dreiviertel der Gesamtgeschicklichkeit in Städten mit über 100000 Einwohnern konditionieren? Neb.) Aus diesem Grunde sollten die Geschickverleiher, die meistens in den größeren Städten wohnen, auch einmal das Interesse der Provinzkollegen vertreten. (Das ist bisher noch stets geschehen. Neb.) Außer der Wohnungsmiete sind die Lebensverhältnisse in der Provinz genau so teuer wie in den Großstädten. Die Preise der Lebensmittel in Alzen sind z. B. höher wie in dem benachbarten Hamburg, was daraus hervorgeht, daß die hiesigen Händler nach Hamburg fahren, um Lebensmittel einzukaufen. Die wirtschaftliche Not zwingt uns, eine drückende Mehrforderung zu stellen. Es wurde einstimmig beschlossen, an beide hiesige Druckereien eine außerordentliche Forderung von 40 Mk. zu stellen mit dem Bemerken, uns bis Dienstagabend (11. Oktober) bindende Antwort zu kommen zu lassen. In der am gleichen Abend einberufenen außerordentlichen Versammlung, gemeinsam mit den Hilfsarbeitern, wurden die strikt ablehnenden Schreiben der beiden hiesigen Firmen vorgelesen und dazu Stellung genommen. Eine geheime Abstimmung ergab das Resultat, daß alle 42 Anwesenden wie ein Mann der Meinung waren, den Firmen durch Arbeitslosigkeit die einzig richtige Antwort zu geben. Seit 12. Oktober befinden sich sämtliche Buchdruckergehilfen und Hilfsarbeiter im Ausstand.

Anna. Am Freitag, 7. Oktober, trat die hiesige Geschicklichkeit an die Prinzipaltät mit der Bitte um Gewährung einer einmaligen Wirtschaftsbefreiung von 600 Mk. für Verbeiratsfe und 500 Mk. für Lebewe, die in den letzten zwei Jahren schon gewährt war, heran. Dieses wurde indessen glatt abgelehnt. Nochmaliges schriftliches und mündliches Eruchen hatte denselben Erfolg. Darauf ist die Geschicklichkeit in Streik getreten. Auch die Anrufung des Reichskommissarials Vorstands zur Fällung eines Schlichtungspruchs fand bei der Prinzipaltät keine Gegenliebe.

### Verschiedene Eingänge

„100 Milliarden neue Steuern.“ Von Ernst Hellmann. Mer soll zahlen, das arbeitende Volk oder die Besitzer von Goldwerten? Diese Frage ist der Schrift vorausgesetzt. Die Forderung der Lohn- und Gehaltsempfänger nach der Wertierung der Goldwerte lüch die bestehende Klasse mit allen Mitteln zu hinterziehen. Darum verdient die vorliegende Aufklärungsbroschüre allgemeine Beachtung. Preis 2.50 Mk. Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, O. m. b. H., Berlin SW 68.

„Arten-Auskenntnis des Arbeiters.“ Ein Verzicht des Arbeiters bringt in Kartellform. Seit 29. 10. September 1921. Dieses Werk bringt eine Darstellung des Geschehen über Invalidenversicherung vom 23. Juli 1921 und sonstiger wichtiger Neuerungen, wie Arbeitsverbot und produktive Erwerbslosenfürsorge sowie ein Reichsgerichtsbescheid über fristlose Entlassung. Als ein Zeichen des Arbeiters rechtlich leitet die Kartellkommission Vereinigungen und Familienräten sowie Betriebsräten gute Dienste. Die Karten werden durch Nachträge über alle Neuerungen und Veränderungen der Gesetze stets ergänzt; man erspart dabei die Anschaffung vieler rasch veraltender Einzelbücher und Kommentare. Seine vollständigste, leicht verständliche Darstellung macht es schließlich für jedermann nutzbringend. Preis jedes Heftes 2.40 Mk. Volksverlag für Wirtschaft und Betrieb, Steingasse 5.

### Briefkasten

B. in B.: Fingel Aufnahme. - M. M. in G.: Ebenfalls, aber noch etwas warten. - G. D. in G.: Wird ein leistungsfähiger Arbeiter werden. - C. M. in G.: Da schon behandelt (Nr. 95), erschein bei Artikeländerung sehr wohl zu entbehren. - W. R. in G.: Für außerordentlich prompten Antwort besten Dank. Es genügt so; das andre wird aus dem Erinnerungsbuch geholt. - S. M. in G.: Wir erlauben Sie, auf den kleinen letzten Absatz zu verzichten; der Schluss des vorhergehenden bleibt doch schon alles. Der Artikel wird dann aufgezogen. - M. T. in G.: Nach Inhalt und Form nicht unähnlich; solche lokalen Schmerzen können nur örtlich behandelt und beseitigt werden. - F. R. in G.: Sehr nicht, aber später erwünscht. - F. B. in G.: Nach der im Verlaufe der letzten Nummer auf der zweiten Seite in der mittleren Tabelle und gegebenen Erklärung, die vorauszusetzen erlaufrnde Ausführungen absteht, sind Ihre Artikel hinsichtlich gewertet. - M. S. in G.: Werden möglichst bald - unter Arbeitelager ist ersehnt! - dem Manuskript entsprechen; das Rundschreiben wird aber nur in den Hauptpunkten wörtlich gebracht. Sonst dürften von uns wohl noch Erweiterungen vorgenommen werden. - A. W. in G.: Coll aufgenommen werden. - R. S. in G.: Das ist doch ein ansehnlicher Artikel, der sich nicht in unruhiger, unter schleim Beschloppigkeit eingefüllter Schrift bewegt. - C. E. in G.: Werden unter einer anderen Überschrift Sache bald losgelassen lassen. - C. R. in G.: 4,30 Mk. - M. W. in G.: 33 Mk.

Verbandsnachrichten  
Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepfad 5 11.  
Fernsprecher: Amt surkrit, Nr. 1191.

### Adressenveränderungen

Grümmen l. Pom. Vorhänger: Ernst Pafel, Wappromenade 361; Alstetter: Franz Schmidt, Neuberlin 94. Kamawes und Angedand. Vorhänger: Hüffel, Goethestraße 32; Alstetter: G. J. in G., Mittelstraße 22.

### Zur Aufnahme gemeldet

(Anmeldungen innerhalb 14 Tagen an die beigelagte Adresse):  
Im Gau Mittelrhein die Geher 1. Emil Felhemeier, geb. in Altona a. d. E. 1899, ausget. in Janau 1920; 2. Rudolf Grilman, geb. in Calmberg 1887, ausget. in Febr. 1920; 3. Emil Zipf, geb. in Wartenstein (Mittlerberg) 1863, ausget. in Gerabronn 1880; waren schon Mitglieder der Rheinisch-Schwarzer, geb. in Alweiler 1901, ausget. im Okt. 1919; 5. Franz G. ausget. in Alzenbach bei Landstuhl 1902, ausget. in Quechheim 1921; waren noch nicht Mitglieder. - Friedrich Conrad in Mannheim, U. 2. 9.  
Im Gau An der Saale der Geher Otto Krüger, geb. in Havelberg 1898, ausget. im Febr. 1919; war schon Mitglied. - Hugo König in Halle a. d. S., Kleine Mauerstraße 7 1.

### Versammlungskalender

Culin (Hollstein). Bezirksversammlung Sonntag, 23. Oktober, nachmittags 3 Uhr, in „Stadt Alst“ in Culin.  
Glogau. Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gasthause „Zum Berg“ in Spillau.  
Göttingen. Bezirksversammlung Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gasthause „Zur Krone“ in Islar, Lange Straße 16.  
Grellswald. Bezirksversammlung Sonntag, den 13. November, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Zur Grünen Linde“ in Grellswald, Lange Straße. Anträge bis 30. Oktober an den Vorhänger.  
Nordhausen. Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Spengenberg.  
(Sterza eine Zeilung.)

## Hydraulische Glättpresse

mit Drehpumpe

zu kaufen gesucht.

H. H. Kluge, Hydraulische Versuchsanstalt, Hofmühle bei Wolkenburg (Sachsen).

## Setzerbrief Nr. 16

DER BRIEFKOPF

Sobezn erschienen!

42 moderne Vorlagen!  
20 Seiten Text!

Gegen Einsendung von Mk. 7,—  
einschl. Porto und Verpackung  
auf das Postcheckkonto Leipzig  
Nr. 6621 erhältlich vom Verlag  
Julius Mäser, Leipzig

## Über 40 Zeichen, Ihr könnt stenographieren!

Beizlicher Unterricht 10 Mk. einschl. Lehrmittel und Porto. Auskunst kostenlos.  
Arbeiterstenographenverband für Nationalstenographie,  
Beiz Grimpe, Albersfeld, Schenkwilger Straße 49.

### Teilzahlung

Gute Waren zu soliden Preisen

Katalog mit 1500 Abb. kostet frei mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen!

Uhren, Zimmerschrauben, Gold-, Silber-, Lederwaren, Koffer, Bucketasche, Leinwand, Musikinstrumente und Sprechapparate, Kameras, Reiseapparate, Schirme, Haarwuschmittel, Kämmen, Perücken, Rasiermesser und Pfeifen

Präzise Uehre - schenke

Jonass & Co. Berlin 8 407  
Belle Alliance-Strasse 7-10

In einem Stenographiekursus (Gabelberger; die beste für die Bediensteten (Schrift)) können einige Mitglieder teilnehmen. Preis einschließlich Porto 23 Mk. Anmeldungen erbeten an 1981  
H. Wajsch, Leipzig-Wahren, Am Bahnhof 26.

Gebr. Kaffee pro Pfd. 21 Mt. in Postkontroll von 3, 6 und 9 Pfd. Santos hoch, 23 Mt., Klasse, roh, ab 19, 19,50 und 20 Mk. pro Pfd.  
Herm. Petow, Hamburg 30 K 86.

## Bandwurm (Spul- u. Madentwürmer)

diese Schmarotzer entziehen dem Körper die besten Säfte, der Mensch wird blutarm, nervös, elend und schlapp. Weibliche und blutarme Frauen und Mädchen, Magen- und Leberleidende sowie nervöse Personen usw. leiden in den meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber ihre Krankheit nicht. Ehe Sie etwas dagegen unternehmen, verlangen Sie Auskunft gegen 1 Mk. in Markenheften. Kleine Hingertier! 16  
Wurm-Rose, Hamburg 11 a 121.

Für unsere Zeitung „Volksrecht“ (SPD.) suchen wir zum baldigen Eintritt einen tüchtigen, stillen

## Linotypsetzer

(Ideal) mit längerer Praxis. Wegen Wohnungsmangel möglichst unverheiratet. Best. Offerten erbeten an  
Vereinsdrucker, G. m. b. H., Treier, Nagellstraße 10.

Wir suchen für Modell B einen

## tüchtigen Typographsetzer

für Tagelohn in Dauerstellung (Dezember, eventuell früher bei Arbeit am Saften bis dahin).  
Druckerel Berlet & Co., Neustadt a. d. S. (Rheinplatz).

Junger Buchdrucker, im 22. Lebensjahre lebend, mit dem Anlegeapparat „Unierol“ sowie mit dem Anlegeapparat halb Sauger, halb Turb, vertraut, im Abzügen, Platten- und Mehrfarbendruck nur Oules leistend, sucht sich zur

## Unterstützung des Betriebsleiters

oder Faktors zu verüben. Im Bureauarbeiten sowie im Korrespondenzwesen bewandert, schöne Handschrift, gute orthographische Kenntnisse. Vorwissen, Manuskript oder Anzeigen, bevorzugt, aber nicht Bedingung.  
Für größere Betriebe belieben ihre Angebote unter Nr. 201 einzusenden an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Redakteur gesucht

Für SPD.-Provinzzeitung in Süddeutschland wird tüchtiger Kraft für Corrales, Probieren und Gewerkschaftliches gesucht. Stenographie und Maschinen-schreiben erwünscht.

Bewerber, die bereits eine ähnliche Stellung inne hatten oder die Beschäftigung besitzen, einen solchen Posten ausfüllen zu können, werden gebeten, ihre Angebote unter Nr. 208 an die Geschäftsstelle dieses Blattes einzureichen.

## Linoypsetzer

zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Es kommt nur ein Herr in Frage, der den Mechanismus der Maschine vollständig beherrscht und instande ist, jede Störung zu beseitigen. Anfänger wollen sich nicht melden. 1161

Offerten mit Gehaltsansprüchen erbittet Buchdrucker Gilleborn, Eiffl.

## Linoypsetzer

guter Maschinenkennner (ledig), für „Ideal“ gesucht, der sich zwei Tage in der Woche am Saften oder an der Schnellpresse beschäftigen läßt. Ferner

## Schweizerdegen

(ledig), der gut lesenkönnen kann. Eintritt sofort oder später.  
Angebot mit Gehaltsangabe und Zeugnisabschriften erbittet  
Zeitungsverlag Robert Mayer,  
Maulbronn (Württbg.).

## Jüngere, verheiratete

Druckergehilfe  
an Treger, Koller Arbeiter, für sofort  
1161  
Offerten unter T. W. 214 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wir suchen zu sofortigem Eintritt einen tüchtigen

## Monotypsetzer

der hauptsächlich guten Satz liefert, ferner einen tüchtigen  
Schriftsetzer  
für 2 Zähler.  
Offerten mit Gehaltsangabe und Zeugnisabschriften an die  
Königschloß Buchdruckerei  
Georg Richter, Erlau.



## Sozialismus und Kommunismus

Sie stellen sich, so behält, um Freiheitsrechte. Genau befehlen, sind's Anrechte gegen Anrecht. (Zitat) 11. 2. 1911.

Das Streben der Menschheit nach Vervollkommnung ist ein gemeinsames Ziel. Dieses impulsive Leben liegt als Keim in jedem Menschen und nicht in einzelnen Klassen, zu denen sich die heutige Menschheit entwickelt hat. Die Klassenunterschiede in der Menschheit lassen sich zum Teil in ihren Gegensätzen erkennen, die sich im Selbstleben der Menschen und durch deren Tun und Handeln gebildet haben auf Grund ihres egoistischen Standpunktes. Viele Gesetze finden ihren Ausdruck in gegenseitigen Klassenkämpfen hauptsächlich auf politischem und nationalökonomischem Gebiet in bezug auf staatliche Einrichtungen, Lebenseristenz und materiellen Besitz. Die Sucht nach herrschaftlicher Macht, nach Ruhm sowie Verneinerung des materiellen Besitzes ohne Dienstbarmachung zum Zwecke des Allgemeinwohls ist immer Egoismus, der Ursprung aller gegenläufigen Erscheinungen, die letzten Endes zu Gewaltkämpfen führen müssen. In der Anhäufung materieller Güter auf rein egoistischer Grundlage wuchern die reaktionären Tendenzen, was sich auch vielfach im kalten, harten Geschäftsegoismus äußert, der fähig ist, über Zeichen zu schreiben. Die Folgen sind Kulturrückschlag, Unfreiheit und geistiges Schlafentum in bezug auf materiellen Besitz. Das allein ist der Tiefstand unseres heutigen materialistischen Zeitalters, das den freiheitlichen Geist knebelt und den ethischen Aufstieg hemmt. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist der Kampf des Selbsthaltungstriebs um die Lebenseristenz in bezug auf wirtschaftlichen Ausgeseh als Einzelerscheinung ein natürlicher und berechtigter, sobald ihm destruktive Tendenzen nicht zugrunde liegen. Der Klassenkampf, soweit er mit Gewalt geführt wird, ist gleichbedeutend mit der Erringung der Herrschaft der einen Klasse über die andre. Einerseits bedeutet der Gewaltkampf der einen Klasse die Unterdrückung der andern, während andererseits die Gewalt der zu unterdrückenden Klasse den Gegendruck bildet. Jeder Kampf, der mit Gewalt geführt wird, hinterläßt Trümmer der bisherigen Errungenschaften auf materiellem, kulturellem und geistlichem Gebiete. Die Folge ist Klassenhaß mit dem Ziele der Zerstörung materieller Werte sowohl als auch der Moral auf sittlichem und psychischem Gebiete. Klassenhaß führt zur Unterdrückung der Freiheit des einzelnen sowie ganzer Klassen von Menschen. Wer Klassenhaß predigt, ist selbst der Knechtschaft seines eignen Stammes unterworfen und beraubt sich dadurch seiner eignen Freiheit. Das gilt sowohl für die Anhänger des Sozialismus und Kommunismus mit ihren destruktiven Tendenzen als auch für die Klassen der Reaktion.

Der Name „Sozialismus“ ist zwar ein dehnbarer Begriff, aber er sagt uns schon, was er will: die heutige Gesellschaft soll neugealtet werden, und zwar hauptsächlich auf gewerblichem und staatlichem Gebiete. Diese reformatorischen Tendenzen schließen hohe Ideale in sich, deren höchstes Ideal im Kommunismus seinen Ausdruck findet. Der Kommunismus ist keine Nebenerscheinung des Sozialismus, wie manche „Doppeltstau“ meinen, er ist die Zusammenfassung alles dessen, was auf gemeinsamer Grundlage zum Wohle des Ganzen geleistet werden soll. Der Sozialismus ist aber die Vorstufe des Kommunismus, er ist der stufenweise Weg zum kommunisistischen Ziele. Dieses Ziel kann und wird erreicht werden, nicht aber durch gegenseitige gewaltsame Klassenkämpfe, sondern auf Grund der Erkenntnis der Entpöschung der Menschheit auf soziologischem Gebiete. Für diese Erkenntnis als Allgemeingut der Menschheit zu sorgen, sind die Träger und Führer des Sozialismus berufen, und zwar durch Wort, Schrift und Tat. Die Vereinigung einzelner Individuen zwecks Ausbawung und Erringung ihrer Ziele hat nur dann einen idealen Charakter, wenn sie sich der naturgesetzlichen Entwicklung anpaßt und die sich ihr entgegenstellenden Hindernisse ausgleicht bzw. einzelne Stufen auf dem Weg ihrer Ziele nicht überpringt, denn der gelehmbmäßige Entwicklungsvorgang der Natur geht auch nur stufenweise vor sich und macht keine Bodsprünge. So ist Soziologie nichts andres als idealer Sozialismus, und Kommunismus ist nichts andres als das Endziel des Sozialismus: das gemeinsame Zusammenarbeiten aller Menschen ohne Klassengegenstände auf idealer Grundlage.

Sozialpolitik läßt sich durch gewalttätigen Klassenkampf nicht realisieren, sie wird erstlich und verliert ihren idealen Wert. Nur geistige Waffen kommen hier in Frage auf Grund gerechter Ausgleichung der Gegensätze. Das Streben nach geistiger Verbrüderung ist die Hauptbedingung zur Erreichung des gesteckten hohen idealen Zieles. Nur die nötige Reife hierzu muß der Mensch sich erringen. Ich selbst erkenne lernen, denn der heutige Mensch kennt sich selbst nicht am wenigsten, desto mehr schaut er die Fehler seiner Mitmenschen. Selbstkenntnis ist gleichzeitiges Verständnis für das Handeln der Menschheit im allgemeinen. Nur auf Grund dieser subjektiven Weltanschauung bilden sich reformatorische Tendenzen zum Zwecke der Verwirklichung idealer Grundzüge. Der einzelne Mensch oder eine einzelne Klasse kann sich nicht

holleren. Das Zusammengebrüderkeitsgefühl der Menschen untereinander liegt in ihrer Natur. Einer lernt vom andern, und jeder hängt vom andern ab. Auf Grund des Gesetzes der Notwendigkeit (Kausalität) müssen ganze Klassen von Menschen zusammenwirken zum Zweck ihrer aufsteigenden Entwicklung. Nur so kann dieser Kulturschritt der Menschheit die Freiheit bringen und sich gesellschaftlich selbständig machen. Bringt uns irgendeine Handlungsweise keinen Erfolg oder nur Mißerfolg, so ist sicher in unserer Handlungsweise etwas nicht in Ordnung, aber nicht in den Naturgesetzen, die uns nie bestrafen. Nur durch unsere Blindheit erkennen wir den gelehmbmäßigen Vorgang in der Natur nicht, wir werden getäuscht. Durch Geborlam gegen die Gesetze der Natur wird die Natur erobert; durch Angeborlam gegen die Gesetze der Natur aber werden wir von ihnen zermalmt.

Gewalttätiger Kampf in bezug auf das erstrebte Ziel führt immer zur Enttäuschung. Alle mittels Gewalt errungenen Erfolge sind nur Schelnerfolge, denen, weil gegen die Gesetze der Natur, keine Dauer innewohnt. Wer sich dieser Erkenntnis verschließt, verbarlt im Schelm und läßt sich immer wieder täuschen. Er will entweder nichts daraus lernen und erkennen, oder er ist unfähig zur Erlassung der kausalen Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung. Er ist der Knecht seiner eignen Wahnideen, die ihm das Recht auf Freiheit verlangen. Mit Gewalt läßt sich nichts Dauernendes erreichen. Gewalt ist ein Verbrechen gegen die unvorstellbaren Gesetze alles kosmischen Werdens und Vergehens. Die Folge ist Reaktion. Entwicklung ist der Prozeß alles Weltgeschehens, Entwicklung ist Evolution, Eibirungen der Evolution bedingen die Revolution. So ist Revolution nur Ausgeseh in der Entwicklung des gestörten kausalen Fortschritts. Jede Entwicklung, ganz gleich, ob auf kosmischphysiologischem, sozialpolitischen oder nationalökonomischem Gebiete, hat seine Zeit, die nicht von heute auf morgen bemessen ist, sondern einen Jahrzehnte, ja sogar Jahrhunderte langen Zeitraum in sich schließt, je nach dem Ziele, das für die Zukunft zu erreichen erstrebt wird.

Inler Leben beruht nicht auf physikalisch-mechanischer, sondern auf psychisch-subjektiver Grundlage, wobei der Willensakt das treibende Element ist in aufsteigender Richtung nach ethischem Prinzip. Dieser Entwicklung unterliegt die ganze Menschheit. Wird sie von uns gebohmt, so erfolgt die Reaktion; wird sie gefördert, so dienen wir der Kultur. Geböhmt die Entwicklung, wenn bei ihrem Fortschreiten habgieriger Egoismus und Gewalt eingreifen; gefördert wird sie, wenn sie durch lehrere nicht gestört wird.

Nicht Verwirklichung egoistischer Wünsche und Ziele, sondern Erzielung der Menschheit auf geistigen Reife, zur selbstlosen Liebe aller gegen alle ist wahrer Sozialismus, dem die Tat auf Grund dieser Erkenntnis auch entsprechend folgt. Nicht gewalttätiger Klassenkampf ist der Weg des Endzieles, sondern Vereinigung der Klassen auf Grund der Erkenntnis idealistischer Weltanschauung und geistiger Verbrüderung ist wahrer Kommunismus. So sind Sozialismus und Kommunismus das Mittel zum Zwecke des gemeinsamen Ideals: Völkerverbrüderung.

Nur auf diesem Wege läßt sich der Sozialismus verwirklichen, einen andern Weg gibt es nicht. Egoismus bedingt Reaktion, die wieder neue Ursachen auf egoistischer Grundlage zur Folge hat. Das lehrt uns das unvorstellbare Gesetz von Ursache und Wirkung (Kausalität).

Freiheit, die Träger des reaktionären Geistes und die Anhänger des gewalttätigen Umsturzes werden beim Zelen dieses meines Artikels nicht auf ihre Rechnung kommen: es schrieb ja ein „natürer Sopyhli“, ein „neuer St. Georg“.

Leipzig. Hugo Reichenbach.

## Industrieverbändler, Kommunisi und Poppträger

Ich stelle fest:

1. Die „Rechtserlegung“ des Kollegen Schödel in Pöhen (Nr. 116) schließt die Angelegenheit auf ein andres Geis, indem er seine persönliche Fähigkeiten herausstreckt und den Korrektor als Arbeitervertreter hinstellt, richtet sich also nicht gegen meine Ausführungen.

2. Nach dem Verlammlungsbericht aus Pöhen (Nr. 92) wurde gegen acht Stimmen ein „Antrag Schödel“ angenommen, der zum Ausdruck bringt, daß in Zukunft nichtgelernte Buchdrucker in unsern Verband nicht aufgenommen werden sollen; dagegen wandte ich mich in Nr. 103, und zwar mit Erfolg, denn der betreffende Korrektor wurde aufgenommen.

3. Gleich mir hatte auch die Redaktion die Auffassung (siehe den betreffenden „Schwanz“), daß dem Kollegen Schödel der Industrieverband vorzöwebe, als er in der von ihm eingereichten Entschickung in derselben Verlammlung verlangte, „unre Drantaktion auf den Boden des Klassenkampfes einzufstellen“ oder aber „Männern unre Vertretung zu überlassen, die entschlossen sind, mit allem Nachdruck und aller Schärfe unsere berechtigten Forde-

rungen zum Durchbruch zu verhelfen, bis wir die volle wirtschaftliche und politische Freiheit vom Töche des Kapitalismus errungen haben“. Er glaube feststellen zu müssen, „daß unre Geblissenvertreter bei der Wahrung unrer Interessen entweder nicht willens oder aber nicht fähig sind, mit der bei Lohnforderungen notwendigen Energie und Tatkraft gegenüber den Unternehmern zu handeln“.

4. Wie unentwegt Kollege Schödel sich um die Tarifreue der betreffenden Pöhenner Firma vor 2 1/2 Jahren bemühte, schilderte er selbst. Ich erinnere aber daran, daß vor nunmehr fast drei Jahren in Deutschland die Revolution war. Daß während dieser drei Jahre der in Frage stehende Korrektor bis zu seiner nunmehr erfolgten Aufnahme in den Verband unter Minimum bezahlt wurde, ist gerade kein glänzendes Zeugnis für die Tarifreue und deren Vertreter in jener Firma, auch wenn sie Christian Schödel helfen. Ich zweifle auch jetzt noch, ob Kollege Schödel sich für die Durchführung des § 69 des Tarifs besonders eingelegt hat.

5. Die andern Ausführungen über die Arbeiterauswahl und die Nichtaufnahme der Neuausgelernten haben mit den von mir gekennzeichneten Tatsachen nichts zu tun. Darüber mögen sich die Betroffenen mit dem Kollegen Schödel selbst auseinandersetzen. Sie zeugen aber von einem starken Selbstbewußtsein genau so wie sein Satz: „Um das mir einmal gesteckte Ziel, diese Aufnahme auf alle Fälle zu verhindern, mußte ich die gewiss rüchständige Auffassung jener Kollegen zu meinen Wünsten aus und stellte den in Frage kommenden Antrag froh des Bewußtseins, daß ich dieser mit meiner Anschauung als Anhänger des Industrieverbandes nicht vereinbar!“

Das ist nach jedem Moskauer Rezept gehandelt, also — erledigt!

Berlin. Artur Grams.  
Anmerkung der Redaktion: Für den „Korr.“ ist die ganz Angelegenheit nun auch erledigt.

## Sinweg mit der Miessfeuer!

Die Miesssummen der Schulden aller Kulturvölker hindern nicht nur jeden Schritt zum Vorwärtkommen, sondern drohen den Interzang jeder Kultur herbeizuföhren.

Jeder Gläubigerstaat verlangt außer der Schuldsomme die Vergütung derselben. Dadurch wächst die Schuld zu einem alles freitenden Ungeheuer heran. Der Staat aber, der zu dieser Kapital- und Zinsentzung wiederum Schulden in Gestalt von Anleihen aufnimmt, arbeitet leichtfertig. Zulezt muß mit diesem System ein Ziel betrogen werden.

Reftung kann es nur geben, wenn wir dem Staate Kapitalien anstands zur Verfügung stellen, mit denen dieser Werte schafft, die dem Staate Zinsen als freie Einnahme bringen. Dieser Zinsbetrag könnte bis zu einer gewissen Höhe zur Tilgung aller Verpflichtungen verwendet werden.

Der moderne Staat verhilft sich zu dem von ihm benötigten Gelde durch Zulassen von direkten und indirekten Steuern. Die Zahlungen sind für den Steuerzahler verloren und er verlangt dafür geordnete Verhältnisse im Vaterland; auch sind die Steuern in normalen Zeiten seinem Einkommen erträglich angepaßt. Was wir jedoch jetzt in Deutschland an Steuern leisten, und was von uns noch verlangt wird, geht nicht nur über das Normale hinaus, das ist einfach unmöglich zu erfüllen. Und da wir doch — wenigstens angeblich — in einer neuen Zeit leben, in der alles Unpraktische und Alte als abgetan gilt, muß endlich einmal ernstlich verucht werden, mit neuen Mitteln und auf neuen Wegen in einigermaßen geordnete Verhältnisse zu gelangen.

Eine der größten Sorgen, die uns bedrücken, ist wohl die Wohnungsbeschaffung, leiden doch in Deutschland fast 1 1/2 Millionen Wohnungen. Es leuchtet wohl ohne weiteres ein, daß, könnten zur Herstellung dieser Wohnungen die dazu benötigten 150 Milliarden geschaffen werden, die gesamte Herstellung dieser 1 1/2 Millionen Wohnungen eine langjährige Bauperiode erfordert. Dabei dürfte die Anzahl der im ersten Baujahre herzustellenden Wohnungen nicht einmal so groß sein, als die in den nächstfolgenden Jahren zu erbauen.

Wenn sich freizigende dem Wohnungsbedürfnis entsprechend ungenügend Wohnbauten ersticht werden konnten, so lag dies weniger an Rohstoffmangel, sondern vielmehr an der ungeheuren Steigerung aller dazu gehörigen Materialien und der erhöhten Löhne. Der Privatbeib konnte zum Zwecke der Vermietung unmöglich bauen, hätten doch sonst die Mieter in diesen Säulern anstatt nehmen wir eine runde Summe an) 500 Mk. in Säulern der Friedenszeit, mindestens 4000 Mk. zahlen müssen.

Jedoch Wohnungen mußten gebaut werden, und so sahen sich die Behörden (Gemeinde, Staat, Reich) genötigt, Baugelöhne zu gewähren, die für den Bauenden den Erkerungspreis bis ungefähr auf die Höhe herabminderken, als ein bereits vor dieser Not erbautes Haus im Werte stand. Die Art der Bewilligung dieser Zuschüsse hat mehrfach gewechselt, doch, soll es weiter vorwärts gehen, muß der Zukunft auch ferner gezählt werden. Nur die Gemeinden, und wiederum die an den Grenzen der Großstädte gelegenen kleinen Landgemeinden, ist das System aber nicht durchführbar.

Um daher die Vollen zu veranlagern, hat die Reichsregierung einen Steuererhebungswahl auf den Reichstag gebracht, der u. a. eine allgemeine Besteuerung der Mieten verleiht. Der Ertrag aus dieser Steuer soll dazu genutzt werden, Neubauten zu Wohnzwecken zu schaffen.

Bis dahin ist die Notwendigkeit dieser Steuererhebung berechnigt; fragt sich nur, ob die Art, wie die Zuschüsse bisher an die Erbauer von Eigenbelägen gegeben wurden, auch ferner durchgelührt wird, oder ob es nicht unbedingt nötig ist, dies aus der Steuerkraft der Allgemeinheit entlastene ideo: freien Familienheimen, das ist das deutsche Volk, zu überlassen. Nach dem bestehenden System erhält der Eigenheimbauer ein Haus, das etwa 100000 Mk. kostete, für rund 35000 Mk. 65000 Mk. zahlen Reich und Gemeinde a ronds perdu, d. h. das Geld ist weder zu verzinsen noch ist es zurückzugeben. 65000 Mk. sind demnach an einem Einfamilienhaufe für die Allgemeinheit verloren gegangen. Sind auch die aus der neuen Mielleneur zu erwerbenden Summen, die auf oben geschilderte Weise verwendet werden, unverzinstlich, so sind sie doch unter großen Opfern von der Allgemeinheit aufgebracht, um damit — wie es scheint — eine neue Statorie von Hausbesitzern zu schaffen.

Sagt man in einer Zeit, in der man sich nicht genug tun kann im Bereich der Sozialisierung. Warum, so darf wohl mit Recht gefragt werden, gehen die zu einem Drittel aus Mitlein der Gemeinden erbaute Häuser nicht in den Besitz der Gemeinden über? Man sehe die jetzigen Besitzer dieser Zukunftsauten und die ferner auf diese Weise Wohnenden in Erbpacht ein, schaffe eine Selbstverwaltungsorganisation, die alle diejenigen einschließt, die hierzu in Frage kommen, und man verfährt dadurch der Allgemeinheit gegenüber gerecht und hat einen großen Schritt zur Boden- und Wohnungsreform getan. Dieser Schritt zur „Sozialisierung“ tut niemand weh, es wird niemand enteignet und keiner kann sich benachteiligt fühlen.

Was dann die Ausbringung der Mittel anbetrifft, so könnte an Stelle dieser Steuer eine direkte Einkommenssteuer treten — vielleicht in Höhe von 1, Proz. —, und zwar in Form einer Zwangsparkasse. Alle Einkünfte aus dieser Steuer zählenden bleibenden Eigentum des Betroffenen, werden aber nicht verzinst und sind sofort rückzahlbar beim Tode des Einlegers an dessen Nachfolger.

Hierdurch würde man einen Grundstein zur tatsächlichen Erneuerung Deutschlands legen mit dem Resultat, daß man eine drückende, zum Teil unerträglich lästige Steuer vermeidet, an deren Stelle jeden Erwerbenden Deutschlands zur Anlage eines kleinen Vermögens entsprechenden Kapitals zwingt, das wiederum als zinslose Anleihe dem Reiche zum Zweck werk- und demnach zinsbringender Arbeit zur Verfügung gestellt wird. Es soll hier nicht weiter erörtert werden, wie durch diese Neuordnung die ein Drittel unserer gesamten Industrie umfassende Baumindustrie in ausgiebige Tätigkeit versetzt werden würde, wie ferner keine „Notenreudruck“-bedürfnis, die übrigen Industriezweige sich heben würden, die Arbeitslosen sich verminderten und somit durch diesen Gesamtschwung der deutschen Wirtschaft sicher unsere Valuta eine andre Bewertung erfahren würde.

Dabei wäre die Möglichkeit eines Abbaues der Preise zu erwarten, beginnt man jedoch, einem bisher von Staatsfeuern unberührt gebliebenen Gebiete, wie es vorzugehen ist, eine beträchtliche Höherhebung aufzubürden, so wird an keinen Stillstand in der Verteuerung noch viel weniger an Abbau gedacht werden können. Hier, im Bauwesen, ist die Gelegenheit gegeben, ohne Schwierigkeiten die nötigen Erneuerungen in unsern bisherigen Staatswesen zu schaffen.

Keineswegs sollen die hier gemachten Hinweise als die allein mögliche Lösung hinstellt werden; wünschenswert wäre es aber, wenn sich weite Kreise damit beschäftigen, geht es doch alle an, und ist es doch Pflicht jedes Volksgenossen, eine Sache nicht nur zu kritisieren, sondern als für solche anerkannte Maßnahmen, seien es solche von Regierungskreisen oder untergeordneten Behörden, andre, seiner Meinung nach bessere vorzuschlagen.

Leider gilt nur gar zu oft eine Stimme aus der Masse heraus nichts, oder es wird ihr keine Bedeutung beimessen. Vermehren sich aber die Stimmen aus der Masse, wächst die Anzahl zu einer nicht beiseitegeschobenden Menge an, so ist man schon in bestimmenden Streifen gezwungen, zu prüfen.

Das nun ist der Zweck dieser Ausführungen. Mögen sie so aufgefahrt werden, wie sie wohlmeinend verfaßt worden sind: das gesamte Volk an seinem fernereren Wohlergehen oder an seinem Unterang oder doch an seinem Leidensweg interessiert zu machen. Es gilt, alle Volksgenossen unter dem Banner des Reichswirtschaftsrats zu sammeln. Hier müssen alle Parteien begraben sein. Es gilt, ein festes, dem Unterang gewiehes Schiff zu stellen. Erhebt den Ruf zur Sammlung unter dem neutralen Banner des Reichswirtschaftsrats! Leipzig. Karl Linke.

### □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmensewertes Beispiel. Die Firma J. Diemer („Deutsche Weinzeitung“) in Mainz überreichte anlässlich des 50jährigen Weltwirtschaftsjubiläums am 1. Oktober dem gesamten technischen Personal (35 Personen) der am 1. April d. S. käuflich übernommenen F. D. Reuterischen Druckerei Geldbeträge von 60 bis 250 Mk. Drei Wochen vorher wurde aus Anlaß einer Familienfeier bereits die Hälfte der vorstehenden Summe zur Auszahlung gebracht.

Bei Schulz in Osterburg brennt's! An örtlichen Bewegungen und Streiks ist leider jetzt gewiß kein Mangel. Der Grundsatz der allgemeinen Interessenwahrnehmung wird immer mehr verlassen. Bald werden dadurch Lohnabstände erreicht sein, wie sie bei dem bisherigen Streikpaktel, Großstadt und Provinz“ doch nur in belohedem Maße vorhanden waren. Aus manchem kleinen Druckereiarbeiter ist im gleichen Augenblick, wo man in verchiedenen Druckerorten aller Größen nur das eigne Interesse sieht, bekannt geworden, wie weit dort noch die Bezahlung hinter dem tariflichen Mindestlohn zurückbleibt. Das sind mitunter ganz blamable Feststellungen. Von Osterburg in der Altmark war es jedoch bekannt, daß die alle tarifgegnerrliche Firma Sch. Schulz trotz aller Attachen von tariflichen, organisatorischen und öffentlichen-sozialen Einwirkungen weit unter Minimum bezahlte. Wir haben den leines Vaters würdigen jungen Schulz oft deswegen durch den „Storr.“ geküßt. Da dieser Tarifkontrakt aber immer wieder Gehilfen in seinen ungläublichen Arbeitsverhältnissen bekam und eine stramme Lebrlingszucht ihn sonst vor Angelegenheiten schützte, erhielten wir von ihm gar noch spöttliche Zukriften; auch wohl einmal erstirren Inhalts, was den Mann erst recht nicht als normal erscheinen ließ. Nun aber hat es auch bei Schulz in Osterburg 13 gefschlagen: wegen Nichtbewilligung tariflicher Bezahlung sind seine drei Gehilfen in den Ausstand getreten. Man sieht, es gibt auch ganz berechtigte örtliche Streiks. Unter Wunsch geht dahin, daß dieses endliche Aufrufen der Gehilfen in Osterburg unsern allen unliebsam bekannten Schulz müde macht. Durch Fernhaltung von Zugang nach Osterburg kann dies auch erreicht werden.

Pflicht zur Berufsorganisation. Eine ganz kleine Zahl Gehilfen stellt heute noch untrer Organisation fern. Das, was durch die Kraft einer großen Organisation erreicht wird, nimmt man aber als selbstverständlich entgegen; der Pflicht der Gegeneileitung entziehen sich jedoch die Absichtshenden mit Ausreden aller Art. Diese Berufsgruppen begreifen nicht, daß, wenn jeder so handeln würde, die Gehilfenchaft ein Spielball im heuligen Wirtschaftsleben wäre, der machtlos hin- und hergetrieben würde. Je umfassender, fester und geschlossener eine Organisation ist, desto machtvoller und tatkräftiger das Wirken. Der einzelne ist heute nichts, nur die Vereinigung mit der Allgemeinheit der Kollegen, die gleiche Interessen und Ziele verfolgen, gibt erst den notwendigen Rückhalt. „Einer für alle und alle für einen!“ muß heute überall der Wahlspruch sein.

Leipziger Tagung des Vereins deutscher Schriftgelehrten. Vom 24. bis 30. September fand in Leipzig die 24. ordentliche Hauptversammlung des Vereins deutscher Schriftgelehrten statt. Neben Erlebigung der Verhandlungen über die neuen Steuerungsanlagen gaben die verschiedenen Schriftböhen und Regel, die in deutschen Buchdruckereien noch üblich sind, Anlaß zu lebhafter Ausprache. Es wurde mögliche Einschränkungen oder Beseitigung der eignen Schriftböhen und eignen Regel verlangt, wenn nicht, wie in andern Gewerben, bedeutend erhöhte Preise für Sonderherstellungen in Rechnung gestellt werden sollen. Wenn fast 50 Jahre nach Einführung der Normalhöhe im Deutschen Reich allein noch Hunderte von Druckereien etwa 80 verschiedene Schriftböhen führen, so ist das ein Zustand, der einfach zu bedauern ist. Viele Schriftgelehrten haben aber leider ein Interesse an dieser Eigenbrölei, da sie dadurch ihre Abnehmer mehr als sonst oder gar dauernd fesseln. Daß hier das Wirken des Normenausschusses noch nicht in Erscheinung tritt, das ist bei seiner erst seit zwei Jahren richtig in Fluss gekommenen Tätigkeit begründet. Es muß aber doch hier mehr geschehen. Der Ausschuss muß sich intensiver mit der Frage beschäftigen im Interesse des Buchdruckgewerbes. Zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage deutscher Wissenschaftler wurden 30000 Mk. an die Volgemeinshaft der deutschen Wissenschaft bewilligt. Dem Bunde für die Erhaltung der deutschen Schrift wurde eine Summe von Vereins wegen, daneben namhafte Beiträge von den Väterkreisen spendet. Auch für die Unterhaltung der hygienischen Verhältnisse im Schriftgelehrtengewerbe wurde ein namhafter Betrag ausgeworfen. Für die Belebung von gewerblichen Schulen mit Material für Lehrzwecke wurden Grundbäche festgelegt und die Schriftgelehrtenklassen sollen besonders finanziell unterstützt werden. Von besonderem Werte für das graphische Gewerbe ist die in Aussicht genommene Errichtung von mehreren Stellen, an denen die Proben der Schriftgelehrten zusammenlaufen und eingesehen werden können. Sachauschüsse für das Verhringswesen und für Statistik sowie ein lechnischer und ein bibliographischer Arbeitsausschuss wurden gegründet.

„Buch und Bild“, Berliner Herbstschau 1921. Unter diesem Namen werden die Organisationen des Berliner Buchhandels im November im Berliner Kunstgewerbenuseum eine Buchwoche veranstalten. Der gesamte Buch-, Kunst- und Musikalienhandel ist zur Beteiligung eingeladen. Die Ausstellung soll dem kaufenden Publikum ein Veraler, dem Handel ein Werbemittel für den Absatz seiner Erzeugnisse sein. Gleichzeitig soll ein Film vorgeführt werden, der die Herstellung des Buches zeigt. Ein Schaufensterwettbewerb der Buch-, Kunst- und Musikalienhandlungen soll mit gleichzeitigen Vorträgen das Interesse des Publikums wecken. Die Ausstellung wird am 12. November eröffnet werden.

Dritte Internationale Arbeitskonferenz in Genf. Im Anschließ an die Rundschauzeitung Nr. 118 können wir heute die vollständige Tagesordnung kennzeichnen: 1. Reform der Zusammenfügung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts. 2. Anwendung des Washingtoner Beschlusses betreffend die Regelung der Ar-

beitszeit in der Landwirtschaft. 3. Anwendung der Washingtoner Beschlüsse auf die landwirtschaftliche Arbeit: a) Maßnahmen zur Verbilligung der Arbeitslosigkeit und Verminderung ihrer Folgen, b) Frauen- und Kinderarbeit. 4. Besondere Schutzmaßnahmen für die landwirtschaftlichen Arbeiter: a) landwirtschaftliche Fachunterricht, b) Wohnverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, c) Sicherstellung des Vereins- und Koalitionsrechts, d) Schutz gegen Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter, e. Desinfektion der mitbrandfalligen Wolle. 6. Verbot der Verwendung von Bleiweiß im Malergewerbe. 7. Wöchentlicher Rubelag in Handel und Industrie. 8. a) Verbot der Beschäftigung von Personen unter 18 Jahren in Kohlenbunkern und Heiganlagen, b) obligatorische ärztliche Untersuchung der an Bord von Schiffen beschäftigten Kinder.

Zum Buchbinderstreik in Breslau. Die vom Schlichtungsausschusse von Limis wegen, vernünftig aber auf Wunsch der Arbeitgeber, erneut am 3. Oktober veranstalteten Verhandlungen sind wieder ergebnislos verlaufen. Trotz der klaren Bestimmungen in Ziffer 4 des neuen Lohnabkommens des Reichsarbeitslehren es die Arbeitgeber, die Zulagen auf die bisherigen Löhne zu zahlen. Man wollte vielmehr diese Zulage so weit kürzen, als die Breslauer Löhne über die reichsarbeitslichen Mindestlöhne hinausgegangen sind. Die Arbeitgeber haben ferner abgelehnt, im Wege der örtlichen Verhandlungen, die sie bei den zentralen Reichsarbeitsverhandlungen durchgeführt haben, die Einreihung Breslaus in die zweite Ortschaftstufe zuzugeben. Dem Wunsche der Prinzipale, die Arbeitgeberchaft als tariflich zu erklären, vermochte der Schlichtungsausschuss mit Recht abermals nicht stattzugeben. So geht denn der Kampf weiter. Erst Montag haben sich die Personale der reinen Buchbindereien dem Streik angeschlossen.

Der Berliner Holzarbeiterstreik erfolgreich beendet. Nach Ablehnung der Entscheidung des Schlichtungsausschusses seitens der Streikenden kam es zu neuen drehten Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und Unternehmern. Das Ergebnis dieser Verhandlungen ist die volle Anerkennung des Reichsmantelvertrags mit Stundenzulagen ab 1. Oktober von 0,70 bis 1,75 Mk., ab 1. November 0,30—0,75 Mk. und ab 1. Dezember 0,20 bis 0,50 Mk. Im November schwankt danach der Stundenlohn zwischen 3,80 und 8,50 Mk. Überstunden werden mit 25 Proz. Nach- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. berechnet. Mahreglungen aus Anlaß des Streiks dürfen beiderseits nicht vorgenommen werden. Sinlichlich des Anspruchs auf Urlaub gilt der Streik nicht als Arbeitsunterbrechung. Den scharfmacherischen Berliner Holzindustriellen ist es nicht gelungen, den Reichsmantelstreik zu zerlegen. Die Berliner Holzarbeiter haben den Kampf vielmehr gewonnen. Das ist ein bedeutender Erfolg, dem man zugute rechnen muß, daß es kein wilder Streik war, sondern daß er unser größter Sympathie der überlegen Holzarbeiterchaft zentral geführt wurde. Am 13. Oktober wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Eintägiger Protest der deutschen Gewerkschaften gegen die Teilung Oberschlesiens. Die Hauptorganisationen der deutschen Gewerkschaften haben an den Väterbundsrat (Mond George und Briand) ein Telegramm gerichtet, in dem sie gegen die naturwidrige Teilung Oberschlesiens scharfsten Einspruch erheben: „Die unterzeichneten Hauptorganisationen, die insgesamt 14 Millionen Mitglieder vertreten und mit ihren Familienangehörigen rund 40 Millionen der deutschen Staatsangehörigen umfassen, haben sich geschlossen hinter das Reparationsprogramm der Regierung Wirth gestellt. Sie laden das, obwohl sie sich bewußt sind, daß die Wirkungen der Reparationen für sie alle härteste Arbeit und herbe Entbehrungen bedeuten. Jede Abtrennung wichtiger Wirtschaftsquellen von Deutschland macht die Durchführung dieses Programms unmöglich und bedeutet zugleich die Verelendung des deutschen Volkes, das bei seiner Bevölkerungsdichte auf weltwirtschaftliche Beziehungen, auf Import und Export angewiesen ist. Eine Teilung Oberschlesiens steht auch im Widerspruch mit dem Ergebnisse der Abstimmung. Sie hätte ferner zur Folge, daß die arbeitende Bevölkerung Deutschlands auf alle sich aus Teil 13 des Friedensvertrags ergebenden Maßnahmen verzichten müßte. Gerechtigkeit sowie die Deutschland auferlegten und von ihm anerkannten Pflichten erscheinen gebieterisch die Befassung Oberschlesiens bei Deutschland.“

Für den „Volkshaus“-Aufbau in Leipzig. Um weitere Geldmittel für den „Volkshaus“-Aufbau in Leipzig zu beschaffen, hat die „Volkshaus“-Verwaltung Gutschke zum Nummern von 50 H. in künstlerischer Ausföhrung hergestellt lassen. Interessenten können solche direkt (Porto gegen) von der Verwaltung: Leipzig, Zeitzer Straße 32, bezogen.

### □ □ □ □ □ Literarisches □ □ □ □ □

Der Federzang der Arbeiterjugend-Internationale. Die Entstehung und die Ziele der jungen internationalen Verbindung werden in der Schrift dargestellt. Sie enthält einen wertvollen Beitrag von Franziska Bonas sowie Berichte über die Konferenzen in Wien, Brno und Amsterdam. Weg und Ziel der internationalen proletarischen Jugendbewegung sind darin festgelegt. Für alle in der Bewegung aktiven Freunde ist die Schrift wertvoll und der Bezug empfehlenswert. Preis 3 Mk. Zu beziehen durch den Hauptverband der Bundes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, P. O. Box 68, Untermythen 3.

„Alte und neue Welt.“ Geschichte und Gegenwart während achtzehnhundert Jahren. Von Friedrich M. Müch. 8 Bände. Preis 12 Mk. Inhalt: I. Die Welt der Vergangenheit. II. Die Welt der Gegenwart. III. Die Welt der Zukunft. Preis 12 Mk. Berlin Post. 1921.